

Das neue Handelsabkommen zwischen der EU und Japan

FACTSHEET DER WIRTSCHAFTSKAMMER

Ja zu neuen Chancen für Österreich!

Warum ist ein Handelsabkommen zwischen der EU und Japan für Österreichs Wirtschaft wichtig?

Die Europäische Union verhandelt mit Japan derzeit über ein Handelsabkommen, da Japan nicht nur die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und die zweitgrößte Volkswirtschaft Asiens ist, sondern auch weltweit der viertgrößte Exporteur und Importeur von Waren und Dienstleistungen. Gerade für Österreich als kleines, exportorientiertes Land ist ein möglichst rascher Abschluss entscheidend, damit unsere Wirtschaft weiterwachsen kann. Kleine und mittlere Unternehmen werden von diesem Abkommen besonders profitieren. Außerdem wird es bestehende Arbeitsplätze absichern und neue Jobs schaffen. Schon jetzt stehen rund 600.000 Beschäftigte in der EU in einem wirtschaftlichen Zusammenhang mit den Exporten der EU nach Japan.

Die EU-Kommission verhandelt das Freihandelsabkommen der EU mit Japan im Namen aller EU-Mitgliedstaaten, welche ihr einstimmig im November 2012 ein Verhandlungsmandat erteilten. Die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament werden laufend über den aktuellen Verhandlungsstand informiert und befragt.

In Österreich sind die Wirtschaftskammer Österreich genauso wie das nationale Parlament, das Bundeskanzleramt, alle zuständigen Ministerien und alle österreichischen Sozialpartner in die Verhandlungen eingebunden und konnten/können ihre Positionen einbringen. Im Februar 2017 stellte sich der stellvertretende Generaldirektor der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission, Herr Mauro Petriccione sowohl den Fragen des österreichischen Parlaments als auch der österreichischen Stakeholder (Sozialpartner etc.).

Darüber hinaus informiert die Europäische Kommission auf der Homepage der Generaldirektion Handel über die Verhandlungen (Berichte über die Verhandlungsrunden, Verhandlungstexte, Pressemitteilungen) und stellt sich in Brüssel im Rahmen des „Civil Society Dialogues“ den Fragen der Zivilgesellschaft.

Welche Vorteile sind für Österreichs Wirtschaft mit diesem Abkommen verbunden?

- Vereinfachung des Handels mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen
- Optimierte Rahmenbedingungen, z. B. höhere Transparenz bei Gesetzen und anderen technischen Vorschriften, Bürokratieabbau bei Zollverfahren etc.
- Beseitigung ungerechtfertigter Handelshemmnisse
- Verbessertes Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen

Was bisher geschah

Ab Mai 2011

Vorbereitungen der Verhandlungen („scoping exercise“)

29. November 2012

EU-Mitgliedstaaten erteilen der Europäischen Kommission einstimmig das Verhandlungsmandat

März 2013

Offizieller Beginn der Verhandlungen

Jänner 2015

Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung (SIA, Sustainability Impact Assessment) – Draft Inception Report

Juni 2015

SIA Interim Technical Report

26.-30. September 2016

17. Verhandlungsrunde EU-Japan

April 2016

SIA Final Report

03. - 05. April 2017

18. Verhandlungsrunde EU-Japan

06. Juli 2017

Politische Einigung

14. September 2017

Rat der EU veröffentlicht Mandat

Die Verhandlungen sollen so bald wie möglich, spätestens bis Ende 2017, abgeschlossen werden.

www.wko.at/eujapan

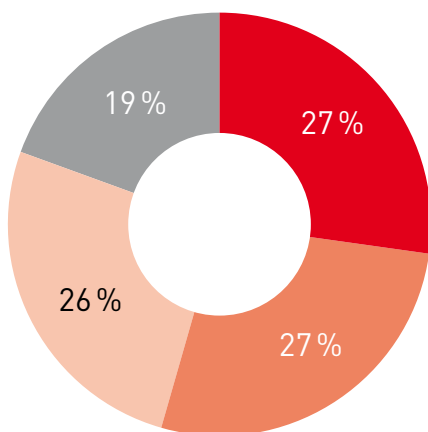
Welche Chancen bringt ein EU-Japan-Abkommen für österreichische KMU?

Im Jahr 2014 exportierten 1.383 oder 3,3 % der österreichischen Unternehmen Waren im Wert von 1,15 Mrd. Euro oder 0,9 % des gesamtösterreichischen Exportvolumens nach Japan. 1.123 oder 81 % der exportierenden Unternehmen waren KMU, die Waren im Wert von 333 Mio. Euro nach Japan lieferten oder 29 % des gelieferten Warenwertes.

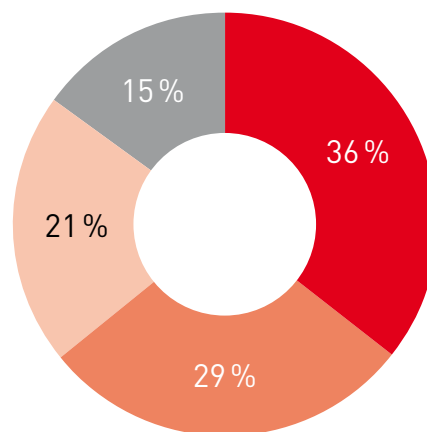
1,4 % der importierenden österreichischen Unternehmen, d. h. 2.144, bezogen 2014 einen Warenwert von 675 Mio. Euro oder 0,5 % des gesamtösterreichischen Einfuhrvolumens aus Japan. 1.820 oder etwa 85 % der importierenden Unternehmen waren KMU, die Waren im Wert von 420 Mio. Euro oder 62 % des österreichischen Gesamtimportvolumens aus Japan bezogen.

Vom Handel mit Japan profitiert aber eine größere Anzahl von KMU, da viele KMU auch als Zulieferbetriebe für die österreichische Exportwirtschaft tätig sind, indem sie Vorleistungen für KMU und größere Unternehmen im In- und Ausland bereitstellen.

**Struktur der österreichischen
EXPORTEURE NACH JAPAN**



**Struktur der österreichischen
IMPORTEURE AUS JAPAN**



- Kleinstunternehmen
0 bis 9 Beschäftigte
- Kleinunternehmen
10 bis 49 Beschäftigte
- Mittlere Unternehmen
50 bis 249 Beschäftigte
- Große Unternehmen
> 250 Beschäftigte

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Eurostat (2017)

Hohe Zölle und unnötige bürokratische Schranken belasten kleine und mittlere Unternehmen in Österreich überdurchschnittlich. Neben dem Abbau von Zöllen und weiteren Erleichterungen wie einfacheren Zulassungsverfahren ist außerdem ein eigenes KMU-Förderungsprogramm vorgesehen. Eine eigene Website und ein eigenes Info-Zentrum werden KMU dabei unterstützen, dass sie trotz ihrer begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen ihre Geschäfte rasch und noch einfacher umsetzen können.¹⁾

1) Siehe dazu den EU-Entwurf für das Kapitel „Small and Medium-Sized Enterprises (SMEs)“, der im März online gestellt wurde: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/155450.htm>

Wie sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Österreich derzeit?

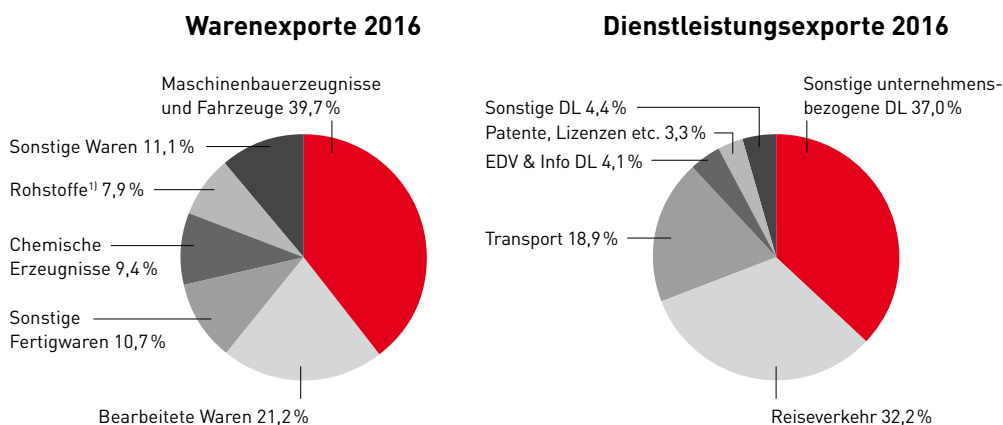
Japan ist der zweitwichtigste Wirtschaftspartner für Österreich in Asien. Nur in China setzen heimische Firmen noch mehr um.

Gemäß aktuellsten Zahlen der TiVA-Datenbank der OECD betrug 2011 die durch Exporte nach Japan ausgelöste österreichische Wertschöpfung etwas mehr als 1,4 Mrd. US-Dollar. Berücksichtigt man auch indirekte Handelsverflechtungen mit Japan (über andere Länder, z. B. Deutschland etc.), erhöht sich die dadurch generierte österreichische Wertschöpfung auf nicht ganz 2,3 Mrd. US-Dollar.

Im Jahr 2016 betragen die direkten Exporte Österreichs nach Japan rund 1,3 Mrd. Euro. Dem stehen Einfuhren in der Höhe von knapp 2 Mrd. Euro gegenüber.

Die Dienstleistungsexporte nach Japan betragen 2016 269 Mio. Euro. Dem stehen Dienstleistungsimporte von 117 Mio. Euro gegenüber. Damit wurde ein hoher Überschuss von 152 Mio. Euro bei den Dienstleistungen erwirtschaftet und somit das 2,3-fache der Importe exportiert.

Struktur der Waren- & Dienstleistungsexporte nach Japan 2016



Derzeit sind rund 70 österreichische Unternehmen in Japan aktiv.

Geschäftsmöglichkeiten

Geschäftsmöglichkeiten in Japan bestehen für österreichische Unternehmen in diesen Bereichen:



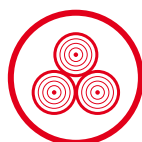
High-Tech-Bereich



Maschinen und Anlagen



Biotechnologie



Holztechnologie



Nahrungs- und Genussmittel

Österreichs Expertise ist in Japan in diesen Feldern gefragt:



Energie und erneuerbare Energieformen



Infrastruktur und Gebäudeeffizienz



Gesundheits- und Medizintechnik



Informations- und Kommunikationstechnologie



Forstwirtschaft und Umweltschutz

1) exkl. Nahrungsmittel und Brennstoffe

Wie sehen die volkswirtschaftlichen Prognosen bei Umsetzung dieses Abkommens aus?

Laut einer aktuellen Ifo-Studie (März 2017)¹⁾ wird sich ein EU-Japan-Handelsabkommen besonders positiv auf die österreichische Wirtschaft auswirken. Am stärksten wird die verarbeitende Industrie Österreichs von diesem Abkommen profitieren. In der EU hätten pharmazeutische Produkte und der Großhandel die höchsten Zuwächse zu verbuchen.



EUROPA

Exportzuwachs: 131 Mrd. Euro
420.000 zusätzliche Arbeitsplätze
BIP-Zuwachs (EU): 0,29 %



ÖSTERREICH

Exportzuwachs: 2,2 Mrd. Euro
5.000 zusätzliche Arbeitsplätze
BIP-Zuwachs (AT): 0,34 %

Zahlen links: Eigene Berechnungen auf Basis der Ifo-Studie

Was passiert mit den EU-Standards?

Es dürfen auch weiterhin nur Waren von Drittstaaten in die EU gelangen, die den geltenden Regeln entsprechen oder gegenseitig anerkannt sind. Bestehende EU-Regelungen, z. B. zu Lebensmitteln, werden nicht geändert. Es werden keine EU-Standards gesenkt!

Wie soll die regulatorische Kooperation erfolgen?

Eine Verbesserung der Verfahren und eine optimierte Kooperation ändern nichts an den Importvorschriften, die in Japan oder der EU und damit in Österreich bestehen. Zu einer Senkung der hohen österreichischen Qualitäts- und Sicherheitsstandards durch das Handelsabkommen wird es deshalb nicht kommen. Das im Abkommen vorgesehene „Regulatory Cooperation Committee“²⁾ dient allein der bilateralen und intensiveren Zusammenarbeit. Die gemeinsame Regulierungsarbeit beschränkt nicht die Regelungs-, Gesetzgebungs- und Politikgestaltungsmöglichkeit der Vertragsparteien. Dieses Komitee und alle anderen durch das Freihandelsabkommen EU-Japan geschaffenen bilateralen Räte und Ausschüsse dienen nur dazu, bürokratische Hürden und diskriminierende Maßnahmen zu vermeiden und die Ziele des Abkommens zu erreichen. Sie ersetzen nicht nationale Gesetzgebungsprozesse der Parlamente und anderer zuständiger Behörden.

Warum muss dieses Abkommen ein Investitionsschutz-Kapitel beinhalten?

Um Direktinvestitionen im Ausland abzusichern, ist ein besonderer Schutz von Investitionen in diesem Abkommen entscheidend. Damit schützen wir österreichische Investoren im Ausland vor Willkür, Diskriminierung und Enteignung. Mit eigenen Schiedsverfahren lassen sich Streitigkeiten rascher klären. Das gilt auch für Staaten mit hochentwickelten Rechtssystemen wie Japan, da es einerseits für Unternehmen schwierig ist, sich in fremden Rechtssystemen mit anderen Verfahrensregeln und einer anderen Sprache zurechtzufinden und andererseits ein umfassendes und kohärentes europäisches Investitionsregime geschaffen werden muss, um Diskriminierungen unter den EU-Handelspartnern zu vermeiden.

Zur Klarstellung und Verbesserung der Funktionsweise der Streitbeilegung wurde bereits im Rahmen der bisherigen Freihandelsabkommen, wie z. B. Vietnam, ein modernes Investitionsschutz-Kapitel ausverhandelt. Die internationalen Schiedsgerichte wurden zu einem öffentlichen Investitionsgerichtshof mit professionellen Richtern und Berufungsmöglichkeiten weiterentwickelt. Außerdem hat das Regulierungsrecht der Staaten Vorrang vor den wirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen auf den Investor. Dies ist auch für Japan und alle anderen Freihandelsabkommen der EU geplant und wird auch vom EU-Parlament unterstützt.

1) Siehe GED Study „On the Economics of an EU-Japan Free Trade Agreement“ Study of the Ifo Institute on behalf of the Bertelsmann Foundation, Final Report on March 3, 2017, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_EU-Japan_FTA.pdf

2) Siehe dazu den EU-Entwurf für das Kapitel „Good Regulatory Practices and Regulatory Cooperation“, der im März online gestellt wurde: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/155449.htm>

IMPRESSUM Medieninhaber, Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Finanz- und Handelspolitik, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Produktion: WKÖ, Abteilung Marketing & Kommunikation | Druck: Grasl Fairprint, 2540 Bad Vöslau, www.grasl.eu | Stand: Oktober 2017
Zugunsten der besseren Lesbarkeit wurde auf eine durchgängige geschlechtsspezifische Schreibweise verzichtet.